

# AGF Europa News

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2015

### Inhalt

<b>Neuigkeiten aus der COFACE .....</b>	<b>2</b>
COFACE veröffentlicht Jahresbericht 2014 .....	2
COFACE-Delegation trifft EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen .....	2
<b>Neuigkeiten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>2</b>
EU-Kommission: Forum zur Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit .....	2
EU-Kommission: Meinungen zur EU-Gleichstellungspolitik gefragt .....	2
EU-Kommission: Mitgliedstaaten müssen Reform der Sozialsysteme voranbringen .....	3
EU-Kommission: Umfrage zur gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen .....	3
EU-Kommission: Arbeitsforum zur UN-Behindertenrechtskonvention .....	3
EU-Kommission fordert mehr Lebensmittelsicherheit .....	4
EU-Parlament: Agrar-Ausschuss will Programme für Schulmilch und Schulobst zusammenführen .....	4
<b>Nachrichten aus den europäischen Ländern .....</b>	<b>4</b>
Malta: Weitgehendes Gesetz für Trans- und Intersexuelle beschlossen .....	4
Niederlande: Recht auf Home-Office festgelegt .....	5
Österreich: Wifo fordert mehr Investitionen in Kinderbetreuung .....	5
Polen: Baby-Bonus ab 2016 beschlossen .....	5
Rumänien: Mehrwertsteuer auf Lebensmittel gesenkt .....	5
Schweden: Bessere Schulvorbereitung für eingewanderte Kinder .....	5
Schweiz: Junge Schweizer/innen wünschen sich zwei Kinder .....	6
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>6</b>
Petition für EU-Mutterschutzrichtlinie gestartet .....	6
Handbuch für Investitionen in Kinder veröffentlicht .....	6
Internationaler Tag der Roma .....	6
UN: Nur geringe Fortschritte beim Ziel „Bildung für alle“ .....	7
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
Families and Societies: Studien zu Kinderbetreuung und jungen Menschen in Europa .....	7
Eurostat-Bericht zu jungen Menschen und Kinder in der EU .....	7
Quartalsbericht zur sozialen Lage: Langzeitarbeitslosigkeit sinkt leicht .....	8
Bericht der UN Women: Geschlechtergerechtigkeit in der globalen Wirtschaft .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>8</b>

## Neuigkeiten aus der COFACE

### COFACE veröffentlicht Jahresbericht 2014



Anfang April 2015 hat die COFACE ihren Jahresbericht für 2014 vorgestellt. Unter dem Titel „2014 – Jahr der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“ standen familiengerechte Lösungen für die Vereinbarkeit von Familienverantwortung und Erwerbsarbeit auf der Agenda. UN-Botschafterstatus, Fachkonferenzen in Athen, Helsinki und Rom, Kampagnen und Publikationen – der Bericht beleuchtet die wichtigsten Ereignisse des Jahres.

- [Der COFACE-Jahresbericht 2014“](#)  

### COFACE-Delegation trifft EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen

Am 20. April 2015 hat EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen eine Delegation der COFACE empfangen. Mit dabei waren Präsidentin Annemie Drieskens, Vizepräsidentin Antonia Torrens und die Geschäftsführerin Agnes Uherezky. Während des Treffens übergaben die Delegierten Thyssen eine Ausgabe des „*European Reconciliation Package*“, das die COFACE am 3. März 2015 als Ergebnis der Kampagne „2014 – Jahr der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“ veröffentlicht hatte. In einer Diskussion mit der Sozialkommissarin sprachen die Delegierten über aktuelle Sozial- und Beschäftigungsfragen aus der Perspektive der Familien in Europa sowie über die Forderung, die sozialen Ziele bei der Umsetzung der Agenda 2020 zu stärken (siehe [Europa News März 2015](#)).

- [Bericht der COFACE über das Treffen](#) 

## Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: Forum zur Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit

Im Rahmen der Entwicklung einer neuen EU-Gleichstellungsstrategie hat die Gleichstellungskommissarin Vera Jourová am 20. und 21. April 2015 mit Spitzenvertreter/innen aus Wirtschaft und Gesellschaft erörtert, wie eine geschlechtergerechte Gesellschaft schneller erreicht werden kann. Blicke es bei der jetzigen Geschwindigkeit bei der Umsetzung der EU-Gleichstellungsziele, würde es noch rund 70 Jahren dauern, bis Frauen und Männer in der EU den gleichen Lohn erhalten – in knapp 40 Jahren könnte die Betreuungs- und Hausarbeit gleichmäßig zwischen Frauen und Männern aufgeteilt sein.


European Women's Lobby (EWL), die Dachorganisation europäischer Frauenverbände, hatte im Vorfeld des Forums einen Forderungskatalog an die EU-Kommission gerichtet.

- [Informationen zum EU-Forum](#) 
- [Forderungskatalog der EWL](#)  

### EU-Kommission: Meinungen zur EU-Gleichstellungspolitik gefragt

Wie geht es weiter mit der EU-Gleichstellungspolitik? Die EU-Kommission hat am 21. April 2015 eine öffentliche Konsultation gestartet, die sich an die Mitgliedstaaten, Gleichstellungsbeauftragte, Sozialpartner,

Nichtregierungsorganisationen mit Interesse an den Themen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit sowie an interessierte Einzelpersonen richtet. Mit der öffentlichen Befragung möchte die EU eine breite Öffentlichkeit in die Entwicklung der Gleichstellungspolitik im Rahmen der Post 2015-Agenda einbeziehen. Die Teilnahme an der Befragung ist in allen Sprachen der EU bis zum 21. Juli 2015 möglich.

- [Informationen zur öffentlichen Konsultation](#) 
- [Link zur Umfrage „Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU“](#)

### EU-Kommission: Mitgliedstaaten müssen Reform der Sozialsysteme voranbringen

Die EU-Mitgliedstaaten haben begonnen, ihre Sozialsysteme stärker auf Sozialinvestitionen auszurichten – müssen ihr Bemühungen jedoch deutlich verstärken, um positive Effekte zu erzielen. Zu diesem Ergebnis kommt ein am 24. April 2015 von der EU-Kommission präsentierter Bericht, den das Europäische Netz für Sozialpolitik im Auftrag der Kommission erarbeitet hat. EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen betonte, dass sich Reformen für mehr Sozialinvestitionen positiv auf Qualifikation, Erwerbsbeteiligung, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum auswirkten. Der Bericht hebt hervor, dass mehr und raschere Reformen in den Ländern möglich und notwendig sind. Thyssen sagte dafür die Unterstützung der EU-Kommission zu.

Bereits im Dezember 2014 hatte ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) herausgestellt, dass Umverteilung und Sozialinvestitionen insbesondere in Familien das Wirtschaftswachstum fördern (siehe [Europa News Dezember 2014](#)).

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum Ausbau der Sozialinvestitionen](#)

### EU-Kommission: Umfrage zur gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen

Wie bewerten jungen Menschen ihre politische und kulturelle Teilhabe, ihr gesellschaftliches Engagement und ihre Beschäftigungsaussichten? Am 23. April 2015 hat die EU-Kommission die Ergebnisse eine Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht, an der im Dezember 2014 über 13.000 Menschen zwischen 15 und 30 Jahren aus den 28 Mitgliedstaaten teilgenommen hatten. Der Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics, traf sich anlässlich der Veröffentlichung mit europäischen Jugendorganisationen, um darüber zu sprechen, wie die EU junge Menschen zur Teilnahme am demokratischen Leben ermutigen kann. Das gesellschaftliche Engagement junger Menschen steht auch im Mittelpunkt der Europäischen Jugendwoche vom 27. April bis zum 10. Mai 2015 zum Thema „Zugang junger Menschen zum Arbeitsmarkt und Beteiligung an der Gesellschaft“.

- [Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage](#) 
- [Informationen zur Europäischen Jugendwoche 2015](#)

### EU-Kommission: Arbeitsforum zur UN-Behindertenrechtskonvention

Über eine Strategie für die raschere Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) haben die Teilnehmer/innen eines EU-Arbeitsforums am 29. April 2015 in Brüssel beraten. An dem Forum beteiligten sich Vertreter/innen der UN-Monitoringstelle für die Umsetzung und Überwachung der UN-BRK, EU-Vertreter/innen sowie europäische Behindertenorganisationen. Die Staatenberichte zum Stand der Umsetzung der UN-BRK machen deutlich, dass große Umsetzungslücken bestehen. Die aktuelle Bewertung des -Staatenberichts für Deutschland ist am 17. April 2015 erschienen.

- [Stellungnahme der Vereinten Nationen zur UN-BRK in Deutschland](#)  

## EU-Kommission fordert mehr Lebensmittelsicherheit

Anlässlich des Weltgesundheitstags haben die EU-Kommission und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit mehr Anstrengungen für höchstmögliche Standards bei der Gesundheitsvorsorge und Lebensmittelsicherheit gefordert. Der Weltgesundheitstag findet jährlich am 7. April statt und erinnert an die Gründung der Weltgesundheitsorganisation im Jahr 1948. Im Mittelpunkt des diesjährigen Weltgesundheitstags stand das Thema „Lebensmittelsicherheit“. Mit einer Kampagne informiert die WHO darüber, was die entscheidenden Faktoren für sichere Lebensmittel sind.

- [Statement des EU-Kommissar für Lebensmittelsicherheit](#) 
- [Kampagnen-Website der WHO-Europa](#)

## EU-Parlament: Agrar-Ausschuss will Programme für Schulmilch und Schulobst zusammenführen

Am 14. April 2015 hat der Agrarausschuss des EU-Parlaments einen Bericht zur Reform der Beihilfeprogramme für Schulobst und Schulmilch verabschiedet. Damit stimmte der Ausschuss dem Plan der EU-Kommission zu, die derzeit separaten Programme zusammenzufassen. Zudem fordern die Ausschuss-Mitglieder, das Schulmilchprogramm um 20 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen, die Palette der förderungswürdigen Milchprodukte zu erweitern und die begleitenden Aktivitäten zur Ernährungsbildung auszubauen. Das Plenum wird voraussichtlich Ende Mai 2015 über diese Vorhaben abstimmen. Im März hatten die Abgeordneten über die Verteilung der rund 150 Millionen Euro umfassenden Mittel des Schulobst-Programms entschieden (siehe [Europa News März 2015](#)).

- [Entwurf des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung](#) 
- [Änderungsanträge zum Bericht](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Ländern

---

### Malta: Weitgehendes Gesetz für Trans- und Intersexuelle beschlossen

In Malta haben die Abgeordneten am 1. April 2015 ein neues Gesetz für trans- und intersexuelle Menschen beschlossen. Mit dem „*Gender Identity, Gender Expression and Sex Characteristics Act 2015*“ ermöglicht Malta die Anerkennung und Änderung des Geschlechts ohne Zwangsoperationen und Scheidungen in einem schnellen, transparenten Verfahren, das auf Selbstdeklaration beruht. Darüber hinaus ist es in Malta zukünftig verboten, das Geschlecht intersexueller Babys durch frühzeitige Operation zu bestimmen. Über eine operative Zuordnung können die betroffenen Menschen künftig selbst entscheiden. Menschenrechtsorganisationen loben das Gesetz als eines der fortschrittlichsten weltweit und heben besonders den Schutz für intersexuelle Babys als Meilenstein für die Identitätsrechte hervor.

Das maltesische Recht entspricht damit auch den Kriterien der *Resolution gegen die Diskriminierung von Transmenschen*, die der Europarat in am 22. April 2015 verabschiedet hat.

- [Gender Identity, Gender Expression and Sex Characteristics Bill \(englisch ab S. 10\)](#)  
- [Text der Resolution des Europarates](#)  

## Niederlande: Recht auf Home-Office festgelegt

Ab Juli 2015 haben Niederländer/innen ein Recht auf Heimarbeit – das hat das niederländische Parlament am 14. April 2015 beschlossen. Der Gesetzesvorstoß von Grünen und Christdemokraten traf auf parteiübergreifende Zustimmung. Mit dem Recht, von zu Hause aus arbeiten zu können, will das Parlament die Arbeitnehmer/innen stärken und Betreuungsaufgaben wie die Angehörigenpflege erleichtern. Arbeitgeber/innen können einen Antrag auf Heimarbeit nur mit glaubwürdiger Begründung ablehnen – beispielsweise wenn die Abwesenheit zu Sicherheitsrisiken, unlösbaren Problemen in der Dienstplanung oder zu untragbaren finanziellen Belastungen führt.

## Österreich: Wifo fordert mehr Investitionen in Kinderbetreuung

In einem aktuellen Bericht des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) mahnen Expert/innen eine Trendwende der österreichischen Familienpolitik an. Die Struktur der Familienleistungen in Österreich unterstütze tendenziell ein Familienmodell, in dem Mütter den größeren Teil der Betreuungsarbeit übernehmen, so ein Ergebnis des im April 2015 veröffentlichten Berichts *„Familienleistungen und familienpolitische Instrumente im internationalen Vergleich“* des Wifo. Laut Bericht sollte ein größerer Teil des Familienetats in Sachleistungen wie Kinderbetreuungsplätze fließen – die Familienpolitik müsse insgesamt auch stärkere Anreize für die Väterbeteiligung an der Familienarbeit setzen und Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausbauen.

- [Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts \(Wifo\)](#)

## Polen: Baby-Bonus ab 2016 beschlossen

Ab 2016 erhalten alle polnischen Familien im ersten Lebensjahr ihres Kindes monatlich 1.000 Złoty (rund 250 Euro) – unabhängig von Einkommen und Familienmodell. Das hat die polnische Regierung am 7. April 2015 beschlossen. Mit dem Baby-Bonus möchte die Regierung unter anderem die sinkende Geburtenrate erhöhen. Die Babypauschale ist in der polnischen Gesellschaft umstritten: Gegner kritisieren sie als ungerecht und bezweifeln ihre Wirksamkeit.

## Rumänien: Mehrwertsteuer auf Lebensmittel gesenkt

In Rumänien gilt mit 24 Prozent einer der höchsten Sätze der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel in der EU. Fast 40 Prozent ihres Einkommens geben Menschen in Rumänien durchschnittlich für das Essen aus. Ab Juni können Familien in Rumänien jedoch mit deutlich niedrigeren Lebensmittelpreisen rechnen: Die Regierung hat am 7. April 2015 beschlossen, die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel auf neun Prozent senken. Ab Januar 2016 soll zudem der allgemeine Mehrwertsteuersatz auf 20 Prozent sinken. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnte vor einer Senkung: Das Land gefährde damit die in den letzten Jahren erreichte Haushaltskonsolidierung.

- [Die Mehrwertsteuer im europäischen Vergleich](#) 

## Schweden: Bessere Schulvorbereitung für eingewanderte Kinder

Schweden will Kinder, die eingewandert sind, bereits vor dem regulären Schulbesuch fördern, um ihre Chancen im schwedischen Bildungssystem zu verbessern. Damit Einwandererkinder besser vorbereitet in die schwedischen Schulen kommen, hat das schwedische Parlament am 22. April 2015 beschlossen, Schulvorbereitungskurse von bis zu zwei Jahren einzurichten. Diese Kurse sollen die Kinder sprachlich und

inhaltlich auf das Schulsystem vorbereiten und dabei helfen, die richtige Schulform und Klassenstufe zu finden.

### Schweiz: Junge Schweizer/innen wünschen sich zwei Kinder

In der Schweiz wünschen sich laut erster Ergebnisse der *Erhebung zu Familien und Generationen 2013 des Bundesamts für Statistik der Schweiz (BFS)* fast zwei Drittel (63 Prozent) der kinderlosen Frauen und Männer im Alter von 20-29 Jahren zwei Kinder. Ein Viertel (28 Prozent) gibt drei oder mehr Kinder als Wunsch für die eigene Familie an. In der Erhebung zeigt sich zudem, dass die Akzeptanz der Berufstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern seit den 90er Jahren deutlich zugenommen hat.

- [Erste Ergebnisse der Erhebung zu Familienfragen](#)

## Weitere Nachrichten

### Petition für EU-Mutterschutzrichtlinie gestartet

Zahlreiche europäische Organisationen, darunter die COFACE, das European Anti-Poverty Network (EAPN), das European Youth Forum (EYF) und SOLIDAR unterstützen eine Petition der European Women's Lobby (EWL) für die Revision der europäischen Mutterschutzrichtlinie. In der Petition fordern die Unterzeichner/innen, die Richtlinie auf der Agenda zu halten und im Ministerrat durchzusetzen. Die Revision beinhaltet die Erhöhung der Mindestdauer des voll bezahlten Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen für Mütter sowie eine zweiwöchige Vaterschutzzeit. Da die Revision seit 2010 im Ministerrat blockiert ist, steht das Vorhaben auf der Streichliste der EU-Kommission (siehe [Europa News Dezember 2014](#)).

- [Hintergrundinformationen zur Petition](#) 
- [Link zur Petition der EWL](#) 

### Handbuch für Investitionen in Kinder veröffentlicht



Fast 28 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der EU sind arm oder von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Wie die von der EU empfohlenen Investitionen in Kinder praktisch umgesetzt werden können, um Kinderarmut zu verringern, zeigt die Europäische Allianz für Investitionen in Kinder in einem Arbeits-Handbuch. Eurochild hat das Handbuch am 1. April 2015 im EU-Parlament vorgestellt. Die Publikation zeigt anhand von 15 Praxis-Beispielen, wie die Mitgliedstaaten die Empfehlungen der EU-Kommission umsetzen können.

- [Handbuch der Allianz für Investitionen in Kinder](#)  

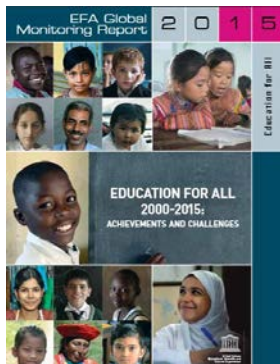
### Internationaler Tag der Roma

Anlässlich des Internationalen Tags der Roma am 8. April 2015 haben Menschenrechtsorganisationen und die EU-Kommission dazu aufgerufen, entschieden gegen die Diskriminierung der Roma vorzugehen. Roma bilden mit rund sechs Millionen Menschen die größte ethnische Minderheit Europas und sind stark von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Nach Angaben der Grundrechte-Agentur der EU (FRA) ist hat jede/r fünfte Roma keine Krankenversicherung, neun von zehn Roma leben unter der Armutsgrenze. Ein großer Anteil der Roma-Kinder besucht die Grundschule nicht oder nur kurz. Der Internationale Tag der Roma



erinnert an ersten Welt-Roma-Kongress in London am 8. April 1971. Unter anderem verständigten sich die Delegierten bei diesem Kongress auf die Selbstbezeichnung „Roma“.

## UN: Nur geringe Fortschritte beim Ziel „Bildung für alle“



„Bildung für alle“ lautete das Ziel, das sich die Staatengemeinschaft im Jahr 2000 gesetzt hat: Weltweit sollten alle Kinder bis 2015 eine Grundschulbildung erhalten. Nach 15 Jahren ziehen die Vereinten Nationen Bilanz: Laut UNESCO-Weltbildungsbericht 2015 hat nur ein Drittel der Staaten die Bildungsziele wie vereinbart erreicht. Nur die Hälfte aller Staaten ermöglicht heute allen Kindern eine Grundschulbildung, so der am 9 April 2015 veröffentlichte Bericht. 58 Millionen Kinder weltweit gehen nicht zur Schule. Die Zahl der Kinder, die zur Schule gehen, hat sich im Laufe des Aktionsprogramm jedoch deutlich erhöht: Im Vergleich zu 1999 besuchen heute rund 50 Millionen mehr Kinder eine Schule – vor allem der Anteil der Mädchen ist gestiegen.

- [Informationen zum Aktionsprogramm „Bildung für alle“](#)
- [Kurzfassung des UNESCO-Weltbildungsberichts](#)  

## Berichte und Studien

### Families and Societies: Studien zu Kinderbetreuung und jungen Menschen in Europa



Das europäische Netzwerk Families and Societies hat jeweils eine Studien zu den Themen „Kinderbetreuung“ und „Erwachsen werden in der EU“ veröffentlicht. Eltern in Europa nutzen zahlreiche Formen der Kinderbetreuung. Welche Familien sich für welches Betreuungsangebot entscheiden, was ihre Beweggründe und Erfahrungen sind, analysiert ein Forscherteam anhand von Daten aus Deutschland, Ungarn, Italien, Slowenien, Schweden und Großbritannien. Mit der Studie unter dem Titel *„Report on incentive structures of parents’ use of particular childcare forms“* verfolgen die Expert/innen das übergeordnete Ziel, eine breite Datenbasis zur Verbesserung der Betreuungsstruktur aufzubauen.

In einer zweiten Studie steht die Entwicklung junger Menschen an der Schwelle zum Erwachsenenleben im Mittelpunkt. Wie unterstützen die EU-Mitgliedstaaten junge Menschen dabei, ihr Elternhaus zu verlassen und wirtschaftlich unabhängig zu sein. Die Studie *„Aid policies for young people in Europe and the OECD countries“* untersucht, welche Leistungen die unterschiedlichen Sozialsysteme in den Bereichen Bildung, Wohnen, Beschäftigung und Kindergeld anbieten.

- [Die Studien auf der Website von Families and Societies](#) 

### Eurostat-Bericht zu jungen Menschen und Kinder in der EU

Wie viele Kinder leben in Europa? Wer betreut die Kinder und wie gelingt ihnen der Start in das Erwachsenenleben? Zahlen und Fakten rund um Kinder (0-14 Jahre) und junge Menschen (15-29 Jahre) in der EU liefert eine Veröffentlichung des EU-Statistikamtes Eurostat vom 16. April 2015. Insgesamt ist der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung in den letzten zwanzig Jahren in allen Mitgliedstaaten außer in Dänemark zurückgegangen. Mit 13,1 Prozent gehört Deutschland zu den Ländern mit dem niedrigsten



Kinderanteil. In Irland lebten 2014 mit 22 Prozent am meisten Kinder, gefolgt von Frankreich (18,6 Prozent), Großbritannien (17,6 Prozent), Dänemark (17,2 Prozent), Schweden (17,1 Prozent) und Belgien (17,0 Prozent). Im Durchschnitt sind junge Europäer/innen 26,1 Jahre alt, wenn sie aus dem Elternhaus ausziehen – in Deutschland liegt das Durchschnittsalter mit 22,9 Jahren darunter.

Neben demografischen Daten umfasst der Bericht auch Angaben zu Lebensbereichen wie gesellschaftlicher Partizipation, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Schule und Bildung. Die Eurostat-Daten bilden die Grundlage der EU für die Bewertung ihrer Jugendstrategie.

- [Pressemitteilung von Eurostat „Jung sein in Europa“](#) 

### Quartalsbericht zur sozialen Lage: Langzeitarbeitslosigkeit sinkt leicht

Laut des am 13. April veröffentlichten EU-Quartalsbericht über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage sinkt die Langzeitarbeitslosigkeit erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise – mit 0,2 Prozentpunkten zwischen dem dritten Quartal 2013 und dem dritten Quartal 2014 jedoch nur leicht. Positiv hob die EU-Kommission zudem die Zunahme unbefristeter Arbeitsverhältnisse hervor. Die Arbeitslosigkeit verteilt sich innerhalb der EU weiterhin sehr unterschiedlich: Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichnen Deutschland (4,8 Prozent) und Österreich (5,3 Prozent); die höchsten Quoten haben Griechenland (26,0 Prozent) und Spanien (23,2 Prozent).

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [EU Employment and Social Situation – Quarterly Review](#)  

### Bericht der UN Women: Geschlechtergerechtigkeit in der globalen Wirtschaft



Die UN Women haben am 27. April 2015 in weltweit sieben Städten einen aktuellen Bericht zur Geschlechtergerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft präsentiert. Mit zehn visionär formulierten Empfehlungen rufen die Vereinten Nationen in dem Bericht „*Progress of the World's Women 2015-2016: Transforming Economies, Realizing Rights*“ dazu auf, die globale Wirtschaft zu reformieren, um die Rechte von Frauen und ihre selbstständige wirtschaftliche Absicherung zu verwirklichen. Hintergrund des UN-Berichts ist das Vorhaben, 20 Jahre nach der Peking Erklärung eine politische Agenda zu schaffen, um die 1995 in Peking vereinbarten Ziele zu erreichen.

- [Website der UN Women mit dem Bericht zum Herunterladen](#) 

### Bevorstehende Veranstaltungen

- COFACE: [„Conference: Accessible and fair financial services: alternatives to mainstream banking“](#) (04./05. Mai 2015, Madrid)
- European Youth Forum: [„YO!Fest 2015“](#) (06. Mai 2015, Brüssel)
- Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament (QOC): [„Children's Well-Being Indicators: a Powerful Tool to Improve the Well-Being of Children. Launch of the European Report of Children's Worlds“](#) (13. Mai 2015, Brüssel)
- University of Southampton/ Eurochild: European Responses to Global Children's Rights Issues: [„Building Capacity and Exchanging Knowledge“](#) (25. Mai 2015, Liverpool)



- European Union of Supported Employment (EUSE): „12<sup>th</sup> European Conference“ (27. bis 29. Mai 2015, Lissabon)
- European Social Insurance Platform (ESIP): Konferenz „Europas Sozialversicherungssysteme: Sind sie zukunftsfähig?“ (04. Juni 2015, Brüssel)
- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)/ AGF/ WZB: Konferenz „Changing Times: Impacts of Time on Family Life“ (22. bis 24. Juni 2015, Berlin)
- Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz (ICSP): „Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz (Wechselmodell)“ (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)
- International Family Day Care Organisation (IFDCO ): „IFDCO-Conference 2015“ (22. bis 25. Juli 2015, Edinburgh)

---

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).